



GENERALNA DYREKCJA OCHRONY ŚRODOWISKA

DEPARTAMENT OCEN ODDZIAŁYWANIA NA ŚRODOWISKO

Warszawa, den 17. November 2025

DOOŚ-WST.440.13.2024.BW.8

SCHWEDEN
Mr. Richard KRISTOFFERSSON
Environmental Planning and Compliance
Department
Swedish Environmental Protection Agency
e-mail: espoo@swedishepa.se
richard.kristoffersson@swedishepa.se

DÄNEMARK
Ms. Maria Birkholm SØNDERMARK
Agency for Green Transition and Aquatic
Environment
Ministry of Green Transition
e-mail: espoo@sgav.dk

DEUTSCHLAND
Ms. Isabel LANG
Ms. Kalina PENEVA-GÄDEKE
Federal Ministry for the Environment, Climate
Action, Nature Conservation and Nuclear
Safety
Division G I 2
e-mail: GI2@bmukn.bund.de

Betreff: Vorhaben „Offshore-Windpark Baltic East im Gebiet 46.E.1“ in der polnischen Ausschließlichen Wirtschaftszone der Ostsee, im Folgenden: MFW Baltic East – Abschluss des Verfahrens und Übermittlung der Schlusssentscheidung

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit möchte ich Sie höflich darüber informieren, dass das Verfahren zur Umweltverträglichkeitsprüfung für das Vorhaben MFW Baltic East, dessen Realisierung in der polnischen Ausschließlichen Wirtschaftszone vorgesehen ist, abgeschlossen wurde. Ein integraler Bestandteil dieses Verfahrens war die grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfung, die gemäß Artikel 5 des Espoo-Übereinkommens¹ sowie Artikel 7

¹ Übereinkommen über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen, abgeschlossen in Espoo am 25. Februar 1991 (polnisches Gesetzblatt 1999 Nr. 96, Pos. 1110, mit späteren Änderungen), im

der Richtlinie 2011/92/EU² durchgeführt wurde, an der die schwedische, dänische und deutsche Seite als betroffene Parteien teilgenommen haben.

Der Regionale Direktor für Umweltschutz in Danzig hat unter Berücksichtigung der eingegangenen Stellungnahmen, der vom Organ getroffenen Feststellungen sowie der Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung und der grenzüberschreitenden Konsultationen mit den betroffenen Parteien am 16. Oktober 2025 den Umweltbescheid für das betreffende Vorhaben (Aktenzeichen: RDOŚ-Gd-WOO.420.82.2024.AM.17.) erlassen. Es handelt sich dabei um die Schlussentscheidung im Sinne von Artikel 6 des Espoo-Übereinkommens. Die Entscheidung ist für die für die Erteilung der Baugenehmigung zuständige Architektur- und Baubehörde verbindlich.

Gemäß Artikel 6 Absatz 2 des Espoo-Übereinkommens sowie Artikel 9 des deutsch-polnischen Abkommens³ übermittle ich Ihnen hiermit die am 16. Oktober 2025 erlassene Entscheidung des Regionalen Direktors für Umweltschutz in Gdańsk im polnischen Original. Zusätzlich füge ich Übersetzungen dieser Entscheidung in die deutsche, schwedische, dänische und englische Sprache bei.

Ich bitte Sie um unverzügliche Veröffentlichung der Information über die erlassene Entscheidung in der in Ihrem Land üblichen Weise. Gleichzeitig informiere ich Sie, dass die polnische Seite als letztmöglichen Termin für die rechtmäßige Veröffentlichung durch die jeweilige betroffene Partei den 17. Dezember 2025 anerkennt (der späteste Veröffentlichungstermin in Schweden, Dänemark und Deutschland).

Die Frist zur Einlegung eines Rechtsmittels gegen den Umweltbescheid ist in der Rechtsbehelfsbelehrung der Entscheidung festgelegt. Das Rechtsmittel ist innerhalb **von 14 Tagen ab dem Zeitpunkt einzulegen, der in dem jeweiligen Staat aufgrund der erfolgten Veröffentlichung als wirksame Zustellung gilt.**

Ich möchte Sie darüber informieren, dass das Recht zur Einlegung eines Rechtsmittels gegen die Entscheidung der ersten Instanz den Verfahrensparteien sowie den Beteiligten mit Parteirechten zusteht. In Verfahren zur Erteilung von Umweltbescheiden treten als Beteiligte mit Parteirechten in der Regel gesellschaftliche Organisationen auf, darunter in erster Linie Umweltverbände.

Ich bitte Sie höflich, die polnische Seite unverzüglich über den Termin und die Art der Veröffentlichung der betreffenden Entscheidung in Ihrem Hoheitsgebiet an folgende E-Mail-Adresse zu informieren: barbara.wojciechowska@gdos.gov.pl. Ich bitte darum, das genaue Datum des Beginns und des Endes der Veröffentlichung anzugeben, da diese Informationen für die Behörde, welche das Verfahren durchführt, erforderlich sind.

² Richtlinie 2011/92/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (kodifizierter Text) (ABl. EU L 26/1 von 2012, mit späteren Änderungen), im Folgenden: Richtlinie 2011/92/EU;

³ Abkommen zwischen der Regierung der Republik Polen und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Umweltverträglichkeitsprüfung und die Strategische Umweltprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen, unterzeichnet in Neuhausen am 10. Oktober 2018 (polnisches Gesetzblatt 2021, Pos. 330), im Folgenden: deutsch-polnisches UVP-Abkommen.

Mit vorzüglicher Hochachtung,

Dorota Toryfter-Szumańska
Stellvertretende Direktorin
Abteilung für Umweltverträglichkeitsprüfung

/ – digital unterschrieben – /

Anlagen:

Umweltbescheid des Regionalen Direktors für Umweltschutz in Gdańsk vom 16. Oktober 2025, Aktenzeichen: RDOŚ-Gd-WOO.420.82.2024.AM.17., in polnischer, englischer, schwedischer, deutscher und dänischer Sprache.

Kopie an:

1. Frau Anna Tchórzewska, Regionale Direktorin für Umweltschutz in Gdańsk
2. Investor – Orlen Neptun VIII Sp. z o.o., über den Bevollmächtigten: Herr Andrzej Dziura – Rechtsanwalts- und Rechtsberaterkanzlei Otawski, Dziura Jarzyński Troszyński Hernik Sp.p., al. Niepodległości 221/2, 02-087 Warszawa / Martyna Socha, MEWO S.A., ul. Starogardzka 17A, 83-010 Straszyn / Herr Radosław Opiola